

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



**Brot
für die Welt**


BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION
B · I · C · C


Friedensausschuss der Quäker


eed
Evangelischer
Entwicklungsdienst


gesellschaft
für **bedrohte**
völker

Sudan - Ein Warnruf

An die Mitglieder des Bundestags anlässlich der Verlängerung der UNMIS- und UNAMID-Mandate der Bundeswehr

29. Juni 2009

Wir sind in großer Sorge um die Menschen im Sudan und der gesamten Region. Das sudanesisches Nord-Süd-Friedensabkommen (CPA) steht kurz vor dem Zusammenbruch, im Süden gab es in den letzten Monaten mehr Tote und neue Vertriebene als im selben Zeitraum in Darfur, wo weiterhin kein Frieden in Sicht ist. Die Menschenrechtslage hat sich insgesamt verschlechtert und landesweite freie Wahlen Anfang 2010 sowie das für Anfang 2011 vorgesehene Referendum im Süden scheinen kaum realistisch. In dieser kritischen Lage darf sich die deutsche Politik nicht darauf beschränken, routinemäßig den Beitrag der Bundeswehr zu den VN-Missionen im Sudan zu verlängern. Nur zusätzliches politisches Engagement der internationalen Gemeinschaft kann das Abgleiten des Landes in weitere Kriege verhindern.

In seiner letzten Sitzungswoche diskutiert der Bundestag am 2. Juli die turnusgemäße Verlängerung des Bundeswehrbeitrags zu den VN-Missionen UNMIS und UNAMID im Sudan. Die entsprechenden Mandatsanträge der Bundesregierung machen eines klar: die Bundesrepublik verfolgt eine insgesamt zu wenig engagierte Sudanpolitik. Dies wird der Verantwortung nicht gerecht, die die EU 2005 als eine der Garantiemächte des CPA übernommen hat. Die Auswirkungen sehen wir bereits in der mangelnden Umsetzung des Abkommens. Die Anzeichen für eine baldige weitere Eskalation bewaffneter Gewalt und ein eventuell gewaltsames Auseinanderfallen des Landes sind unübersehbar. Das Ausmaß menschlichen Leids würde in diesem Fall nochmal enorm zunehmen – nicht nur im Sudan. Denn das Ende des CPA würde mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch die Nachbarländer und die gesamte Region weiter destabilisieren. Schon jetzt gibt es erhebliche Spannungen zwischen Sudan und dem Tschad, in Somalia tobt ein heftiger Krieg zwischen der Übergangsregierung und radikal-islamischen Milizen, die von Al Qaida und anderen fundamentalistischen Gruppierungen unterstützt werden. Die Regierung in Kenia ist in einem sehr fragilen Zustand, und in Äthiopien stehen 2010 Wahlen an. Mit einer Verkopplung und wechselseitigen Verstärkung dieser Konflikte zu einem regionalen Konfliktsystem muss bei einem Scheitern des CPA gerechnet werden. Die politischen und moralischen Folgekosten auch für die internationale Gemeinschaft wären immens.

Wir fordern deshalb eine deutlich akzentuiertere deutsche und europäische Sudan-Politik. Die Konferenz der neuen US-Regierung zur Rettung des CPA am 23. Juni in Washington war ein begrüßenswerter erster Schritt. Sie hat aber vor allem die erheblichen Probleme verdeutlicht. Nur eine kohärente multilaterale Präventionspolitik mit zivilen Mitteln und in enger Zusammenarbeit mit der sudanesischen Zivilgesellschaft kann jetzt noch helfen, das Schlimmste zu verhindern.

Im Einzelnen schlagen wir den politischen Entscheidungsträgern in Deutschland vor,

- sich für eine deutliche Stärkung des Amtes des EU-Sonderbeauftragten für den Sudan einzusetzen und zusätzlich einen ressortübergreifenden Sudan-Beauftragten der Bundesregierung zu ernennen,
- mehr Möglichkeiten zu schaffen, die Gelder der blockierten deutschen Entwicklungszusammenarbeit für Projekte zur Stabilisierung auf regionaler Ebene und zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure - besonders in den Übergangsregionen Abyei, Süd-Kordofan und südliches Blue Nile sowie im Ostsudan - einzusetzen,
- die Vorbereitung der Wahlen schnell und effektiv durch deutlich mehr direkt implementierte Programme zur langfristigen Wahlprozessbegleitung, zum *capacity building* für kleinere Parteien und zur allgemeinen *voter education* zu unterstützen,
- den erst dieses Jahr angelaufenen Prozess der Entwaffnung und der sozialen Wiedereingliederung von ehemals Bewaffneten im Südsudan finanziell und logistisch stärker zu fördern,
- sich viel stärker und mit regionalen und kontinentalen Akteuren zusammen beim Aufbau einer demokratischen Verwaltung inklusive Polizeiausbildung im Südsudan zu engagieren,
- die im CPA und in der nationalen Übergangsverfassung vorgesehene nationale Versöhnung bei der Regierung des Sudan einzufordern und zu unterstützen,
- den öffentlichen Diskurs zum Referendums-Gesetz zu fördern, die Verabschiedung des Referendum-Gesetzes und die Vorbereitungen auf mögliche Ergebnisse des Referendums in einem breit angelegten Prozess zügig voran zu treiben sowie
- Deutschlands Rolle als drittgrößter Beitragszahler zum VN–Peacekeeping auch politisch gerecht zu werden und einen unabhängigen Berichterstatter über Effektivität und Verbesserungsmöglichkeiten der bestehenden VN-Missionen – inklusive UNMIS und UNAMID – einzusetzen.

Aufgabe des Bundestages in der Sudanpolitik – auch in der letzten Sitzungswoche der Legislaturperiode – kann es nicht sein, Bundeswehrmandate lediglich zu verlängern. Wir hoffen, mit unseren Vorschlägen dazu beizutragen, dass Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Ihren Fraktionen und im Plenum sehr deutlich machen, dass Sie noch von dieser Bundesregierung schnelle und entschlossene Schritte in der Sudanpolitik erwarten.